

Gewissen

30 Pfennige

Zehnter Jahrgang Nr. 7

Berlin, Sonntag, den 12. Februar 1928

Herausgeber: Heinrich von Gleichen. Schriftleitung: Friedrich Vorwerk. Verlag: Ring-Verlag G. m. b. H., Berlin W 30, Mospstraße 22.
Druck: Nauck'sche Buchdruckerei A. G., Berlin S 14, Stallreiberstr. 5. Das „Gewissen“ erscheint wöchentlich am Sonntag. — Bezug:
Durch die Post monatlich 1,— Reichsmark.

Wann wird gewählt?

Der deutsche Außenminister ist auf Urlaub an die Riviera gereist, ohne daß zwischen ihm und dem Reichskanzler Dr. Marx eine Einigung über das Schulgesetz hergestellt worden wäre. Der Reichsinnenminister von Reubell bemüht sich zur Zeit noch um ein Kompromiß; aber es scheint, daß das Zentrum bereits die Hoffnung aufgegeben hat auf eine Verständigung mit der Volkspartei wegen der südwestdeutschen Simultanschulen und daß es zu einer Zurückziehung des Schulgesetzes kommen wird. Die Zentrumsfraktion, die zur Zeit tagt, scheint sich unter Vorsitz und Einfluß des Herrn von Guérard mit diesem Ausgang bereits abgefunden zu haben; die Beschlüsse, die sie wegen des Schulgesetzes faßt, dürften einem Ultimatum an die Volkspartei gleichkommen. Ultimaten in einem solchen Augenblick haben in der Innenpolitik nicht anders als in der Außenpolitik nur noch prestigepolitische Bedeutung. Das Zentrum muß sich darüber klar sein, daß die Volkspartei — zumal nachdem ihr Führer Berlin verlassen hat in vollem Bewußtsein der Tatsache, daß die Situation verfahren ist — auf Ultimaten nicht anders als mit „Nein“ reagieren kann. An diesem Nein würden auch die Beratungen des kulturpolitischen Ausschusses der Volkspartei nichts mehr ändern können. Im Gegenteil, man hat Grund zu der Annahme, daß der kulturpolitische Ausschuß nur deswegen auf Sonntag zusammenberufen ist, um die Ablehnung der Zentrumsforderungen im Namen der Kultur und des Liberalismus vor aller Welt rechtfertigen zu können. Auf diese Absicht deutet auch eine Rede des Fraktionsvorsitzenden der Volkspartei, Reichsminister a. D. Dr. Scholz, hin, der in Hamburg unter Berufung auf die alten liberalen Tendenzen seiner Partei erklärte, daß er der letzte sein würde, welcher dem Weiterbestand der Koalition das Wort redete, wenn es sich um grundsätzliche Schulforderungen handele.

Nach alledem ist man berechtigt anzunehmen, daß das Schulgesetz spätestens in nächster Woche materiell gescheitert sein wird. Bei der Bedeutung, die das Schulgesetz für das Zentrum hat, ist damit die Koalition, die gegenwärtig regiert, zerstört. Die Opposition im Zentrum droht sogar damit, daß die Partei ihre Minister aus der Koalition abberufen werde. Ob es zu einem solchen Eklat kommt, können wir dahingestellt sein lassen. Wahrscheinlicher ist, daß der Prozeß der Auflösung dieser Regierung bis zur Auflösung des Reichstages sich weniger geräuschvoll vollziehen wird.

Nach außen wird erklärt, daß auf Wünsche des Reichspräsidenten Rücksicht genommen werden müßte. Hindenburg wünscht, daß der Reichshaushalt ordnungsmäßig, und daß auch das Liquidationschädengesetz noch von dieser Regie-

rung zur Verabschiedung gebracht werde. Freilich könnte das auch durch das Kabinett Marx in dem Falle geschehen, daß es nach offizieller Demission mit der Geschäftsführung bis zur Erledigung der genannten Gesetzesvorlagen betraut würde. So denken sich das die Männer der Opposition gegen Marx, also nicht nur die Gewerkschaftsführer vom linken Flügel des Zentrums und Herr Wirth, sondern auch der Fraktionsvorsitzende von Guérard; sie werden sich aber bescheiden, wenn ihnen deutlich werden wird, daß Reichskanzler Marx nicht nur sein persönliches Prestige im Auge hat, sondern daß über die Politik nach den Wahlen bereits Abmachungen vorliegen, die für das Zentrum durchaus nicht gleichgültig sind.

Man soll sich doch einmal klar machen, warum und wodurch die Regierungskoalition zur Auflösung kommt. Im Zentrum hat es viel Opposition gegeben gegen das Bündnis mit den Deutschnationalen, und im Anfang der Koalition war diese wiederholt gefährdet durch den Weltanschauungsgegensatz zwischen Deutschnationalen und demokratisch gerichteten Zentrumsleuten. Aber noch immer wurden diese Gegensätze unterdrückt und man gewöhnte sich so sehr an die weltanschaulichen Dissonanzen, daß sie politisch ihre Schärfe verloren. In der Rechtskoalition wurde es nicht anders als in den Linkskoalitionen, in denen ja, wie jeder Ehrliche zugeben muß, die weltanschaulichen Gegensätze, zum Beispiel zwischen Volkspartei und Sozialdemokraten, mindestens ebenso groß sind. Es kommt lediglich darauf an, ob sich bei aller Verschiedenheit von Weltanschauungen und Programmen genug Möglichkeiten zu praktischer Zusammenarbeit finden, und ob das, was durch solche Zusammenarbeit geleistet werden kann, von spezifischem parteipolitischen Interesse ist. Vom Standpunkt des Zentrums gesehen war das der Fall, solange die Hoffnung bestand, im Bunde mit den Deutschnationalen das Schulgesetz durchzubringen. Jetzt ist diese Hoffnung zerschanden geworden. Freilich nicht durch Schuld der Deutschnationalen, die ein Interesse am Fortbestand der Koalition haben. Trotzdem kündigt das Zentrum der Koalition, denn sein Interesse an dem Bündnis mit den Deutschnationalen ist mit dem Scheitern des Schulgesetzes zunächst einmal wieder erledigt. Es gibt andere parteipolitische Forderungen, auf die man sich jetzt umstellen muß, nachdem die einzige Möglichkeit, das Schulgesetz durchzubringen: die Koalition mit rechts, durch die Sonderpolitik der Volkspartei auf lange Zeit verloren ist.

Es scheint, daß zwischen Marx und dem auf Urlaub gegangenen Stresemann eine Verständigung stattgefunden hat — nicht über das Schulgesetz — wohl aber über die Politik nach den Wahlen. Das wäre der Gegenzug gegen den Schlachtplan der